



## **N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 24. Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit  
(AV/024/2010)**

**am Montag, 16.08.2010,**

**16:30 Uhr**

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 3, 3. Etage, Raum 13,  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

**Beginn der Sitzung:**

16:30 Uhr

**Ende der Sitzung:**

18:50 Uhr

**Anwesend:**

**Stellvertretender Vorsitzender**

Winfried Lehmann

Vertretung für Frau Helma Orosz

**CDU-Fraktion**

Jan Donhauser

Elke Fischer

Lars-Detlef Kluger

Stefan Zinkler

**Fraktion DIE LINKE.**

Anja Apel

Jens Matthis

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Margit Haase

Thomas Löser

**SPD-Fraktion**

Martin Bertram

**BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion**

Jan Kaboth

**Stellvertretende Mitglieder**

Barbara Lässig

Vertretung für Herrn Dr. Thoralf Gebel

**Abwesend:**

**Vorsitzende**

Helma Orosz

**FDP-Fraktion**

Dr. Thoralf Gebel

**Verwaltung:**

Frau Prax

Geschäftsbereich Ordnung und Sicherheit/Amt  
37

Herr Friedrich

Geschäftsbereich Ordnung und Sicherheit/Amt  
37

Herr Dr. Lunau

Bürgermeister für Kultur

Herr Seidel

Bürgermeister für Soziales

Frau Seifert

Geschäftsbereich Allg. Verwaltung/Amt 10

Frau Lorber

Geschäftsbereich Allg. Verwaltung/Amt 10

Frau Porstein

Geschäftsbereich Allg. Verwaltung/Amt 10

Frau Norman

Geschäftsbereich Soziales/Amt 36

Herr Fücker

Geschäftsbereich Allg. Verwaltung/Amt 40

Herr Krohner

Geschäftsbereich Kultur/PR

**Gäste:**

Frau Stadträtin Thomas  
Herr Schwarz

Geschäftsbereich Kultur (im öff. Teil)

**Schriftführerin**

Frau Kamenka  
|

# T A G E S O R D N U N G

## Öffentlich

- |           |  |                                  |
|-----------|--|----------------------------------|
| <b>1</b>  | Regie-Gastvertrag für die Inszenierung "Der Zigeunerbaron" an der Staatsoperette Dresden | <b>V0591/10<br/>beschließend</b> |
| <b>2</b>  | Maßnahmenkonzept zur Entwicklung von bedarfsgerechten Bildungskapazitäten in Dresden     | <b>A0200/10<br/>beschließend</b> |
| <b>11</b> | Verwendung von Recyclingpapier in kommunalen Dienststellen                               | <b>A0197/10<br/>beschließend</b> |

## Nicht öffentlich

- |           |   |   |
|-----------|---|---|
| <b>3</b>  | Besetzung einer Stelle in der Entgeltgruppe 14 TVöD   | <b>V0555/10<br/>beschließend</b>            |
| <b>4</b>  | Besetzung einer Stelle der EG 15 als Amtlicher Tierarzt/Amtliche Tierärztin – Fachtierarzt/Fachtierärztin im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt | <b>V0657/10<br/>beschließend</b>            |
| <b>5</b>  | Besetzung der Stelle Büroleiter/-in (Amtsleiter/-in) des Büros der Oberbürgermeisterin (Bürgermeisteramt)   | <b>V0677/10<br/>beratend</b>                |
| <b>6</b>  | Änderung des Vermögenshaushaltes des Brand- und Katastrophenschutzamtes   | <b>V0653/10<br/>beratend</b>                |
| <b>7</b>  | Änderung des Vermögenshaushaltes 2010 des Brand- und Katastrophenschutzamtes  | <b>V0654/10<br/>beratend</b>                |
| <b>8</b>  | Bildung eines Ausschusses für Kindertagesstätten und Schulen  | <b>A0097/09<br/>beratend (federführend)</b> |
| <b>9</b>  | Neuorganisation der Trägerschaft für Grundsicherung für Arbeitssuchende   | <b>A0171/10<br/>beratend</b>                |
| <b>10</b> | Schulen sanieren - in Bildung investieren!  | <b>A0203/10<br/>beratend</b>                |
| <b>12</b> | Informationen/Sonstiges   |   |

- |             |   |                                     |
|-------------|---|-------------------------------------|
| <b>12.1</b> | Notwendigkeit der Neuorganisation im Bereich Sozialgesetzbuch<br>Zweites Buch (SGB II) ab 1. Januar 2011 - Ein Vergleich der Organisationsformen "optimiertes Jobcenter" und "Option" | <b>V0621/10<br/>zur Information</b> |
| <b>13</b>   | Gymnasium Dreikönigsschule: Neubau 2-Feld-Sporthalle an der<br>Alaunstraße  | <b>A0182/10<br/>beratend</b>        |

**öffentlich**

**Herr Bürgermeister Lehmann** eröffnet und leitet die Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit. Der Ausschuss ist beschlussfähig. Zur Sitzung wurde form- und fristgemäß eingeladen.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, die Reihenfolge der Punkte im öffentlichen Teil wie in der Einladung zu belassen. Der eine Antrag wird erst als Tagesordnungspunkt 11 behandelt, weil er vorher im Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft vorherberaten würde.

Der Tagesordnung des öffentlichen Teils wird einvernehmlich zugestimmt.

<b>1</b>	<b>Regie-Gastvertrag für die Inszenierung "Der Zigeunerbaron" an der Staatsoperette Dresden</b>	<b>V0591/10 beschließend</b>
----------	---	----------------------------------

**Herr Bürgermeister Lehmann** weist darauf hin, dass es sich um einen Vertrag der besonderen Art – nach § 28 Abs. 2 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden – handele. Aus diesem Grund sei der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit zuständig.

**Herr Stadtrat Kaboth** verweist auf den Termin der Premiere am 29.10.2010. Darf davon ausgegangen werden, dass jetzt schon Proben stattfinden? Ist die Behandlung im Ausschuss nicht relativ spät?

**Herr Bürgermeister Dr. Lunau** bestätigt die Fragen. Die Staatsoperette hatte ursprünglich geplant, eine Inszenierung der Operette „Der Zigeunerbaron“ von einem anderen Theater zu übernehmen. Als man sich das Endprodukt dort angesehen hatte, war klar, dass dieses nicht den qualitativen Anforderungen entspreche, die man sich in Dresden wünsche. Nach einer Beratung in der Staatsoperette wurde der Entschluss gefasst, selbst zu inszenieren. Damit trat die Frage auf, wer so kurzzeitig beauftragt werden könne. Da Frau Schaller bereits eine Operette erfolgreich inszeniert hatte, wäre man an sie herangetreten.

Es stimme, dass schon eine Anarbeitung des Ganzen stattgefunden habe. Allen wäre klar, dass der Vertrag nicht zustande käme und Frau Schaller nichts geltend machen könne, wenn der Ausschuss der Vorlage nicht zustimme.

**Herr Bürgermeister Lehmann** stellt die Vorlage zur Abstimmung. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit beschließt, dem Regie-Gastvertrag für die Inszenierung „Der Zigeunerbaron“ zwischen der Staatsoperette Dresden, vertreten durch den Intendanten, Herrn Wolfgang Schaller, und seiner Ehefrau, Frau Rita Schaller, im Rahmen seiner Zuständigkeit gemäß § 28 Abs. 2 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung  
Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

## 2 Maßnahmenkonzept zur Entwicklung von bedarfsgerechten Bildungskapazitäten in Dresden

A0200/10  
beschließend

**Frau Stadträtin Haase** teilt den aktualisierten Antrag vom 16.08.2010 aus, der folgenden Beschlussvorschlag enthält:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bis zum 30.09.2010 eine Bedarfsprognose und die Kapazitäten für alle Schularten für die Jahre 2011 bis 2016 pro Schuljahr, Klassenstufe in den verschiedenen Schularten zu quantifizieren. Für die Grundschulen ist dies auf Schulbezirksebene, für die Mittelschulen auf Ortsamtsebene und für die sonstigen Schulen auf Gesamtstadtebene darzustellen.
2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bis zum 30.04.2011
  - a) eine detaillierte Bedarfsprognose für alle Schularten für die Jahre 2010 bis 2025 in Abgleich mit den Zahlen des Eigenbetriebs Kindertagesstätten (Bedarf Hortplätze) und der Sächsischen Bildungsagentur, Regionalstelle Dresden, vorzulegen. Dazu ist jeweils die Anzahl der Schüler in den jeweiligen Klassenstufen in den verschiedenen Schularten (bei Grundschulen und Mittelschulen auf Ortsamtsebene) pro Schuljahr zu quantifizieren;
  - b) für alle Schularten die vorhandenen Kapazitäten und derzeit absehbare Veränderungen an den Kapazitäten darzustellen (bei Grundschulen und Mittelschulen auf Ortsamtsebene), unter Einbeziehung der Schulleiter und Darlegung der Berechnungsgrundlage;
  - c) mögliche Maßnahmen zur Bedarfsabdeckung quantitativ und qualitativ darzustellen unter Einbeziehung der Schulleiter/des Schulleiterbeirates und der Bildungsagentur. Dabei ist auch darzustellen, inwieweit durch flexible Nutzung von sowohl in Betrieb befindlichen als auch derzeit nicht genutzten Gebäuden zusätzliche Kapazitäten erschlossen werden könnten;
  - d) notwendige finanzielle Mittel zur Abdeckung des Bedarfs an Schulkapazitäten in den Jahren 2010 bis 2025 darzulegen.

Sie erläutert die einzelnen Beschlusspunkte und erklärt, dass die Aktualisierung erfolgte, da signalisiert wurde, dass nicht alle bis zum 30.09.2010 geforderten Punkte bis dahin erarbeitet werden könnten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei aber der Meinung, dass die Haushaltsberatung nicht ohne solides Datenmaterial für den Bereich Bildung erfolgen könne. Daher wurde der Beschlusspunkt 1 bei dem Datum belassen. Der Beschlusspunkt 2 enthalte die Formulierung des alten Antrages mit neuer Terminstellung.

Ein weiterer Grund für den Antrag sei, dass der letzte Schulnetzplan aus dem Jahr 2006 stamme und der nächste erst im Spätfrühjahr/Sommer des Jahres 2011 vorliege. Anhand der Diskussionen in den letzten Monaten und aufgrund der Aussagen von Eltern müsse gesehen werden, dass in diesem Bereich zügig Entscheidungen getroffen werden. Die Kapazitäten reichten schon heute zum Teil nicht mehr und aufgrund der Geburtenzahlen wäre abzusehen, dass es künftig zu Kapazitätsengpässen käme.

**Herr Bürgermeister Lehmann** weist darauf hin, dass die Schulnetzplanung laut Gesetz aller fünf Jahre aufgestellt würde, die Debatte dazu erfolge in einem relativ breitem Spektrum. Im Jahre 2006 erfolgte die letzte Beschlussfassung zur Schulnetzplanung, die Genehmigung durch die Kultusbehörde habe etwas länger gedauert. Der nächste Schulnetzplan sei der Kultusbehörde im Jahr 2012 vorzulegen (Beschluss des Stadtrates spätestens 2012).

Die Verwaltung befinde sich schon jetzt in der Entwicklung des Schulnetzplanes (Aufbereitung der Grundlagen) und würde auf dem gesamten Erarbeitungsweg gewisse Stände kommunizieren – insbesondere in diesen Ausschuss. Bis ein relativ solider Arbeitsstand vorliege,

würde es jedoch bis zum Spätfrühjahr/Sommer nächsten Jahres dauern. Erst dann könne eine Vorstellung und Diskussion in der Breite erfolgen (Schulkonferenzen, Schulleitungen, Kreiselternrat, Ortsbeiräte, Ortschaftsräte etc.). Daher war der im Ursprungsantrag stehende Terminplan nicht leistbar.

Er verstehe den Antrag der Fraktion als Suche nach einer Zwischenlösung in der Kommunikation. Auch die Sorge und die Wahrnehmung aufgrund der in der Öffentlichkeit geführten Diskussion, dass irgendwo etwas „anbrennen“ könne, seien verständlich. Es werde jedoch in diesem Jahr nicht der Fall sein, dass Schüler nicht entsprechen beschult werden könnten → der Schulträger habe den Schulauftrag erfüllen können.

Es stimme, dass die Schülerzahlen wachsen. Daher müsse gefragt werden, was nächstes und übernächstes Schuljahr passiere, bevor es Klarstellung im fortzuschreibenden Schulnetzplan gebe. Insofern wäre es auch nicht realistisch, dass die Verwaltung am 30.09.2010 die Prognose der Jahre 2011 bis 2016 darstelle. Er hatte Frau Haase mitgeteilt, dass die Verwaltung im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit die nächsten zwei Schuljahre nach altem Schulnetzplan und neuen Erkenntnissen darstelle. Diesen Zwischenstand könnte die Verwaltung Ende September geben.

Wenn es bei diesem Antrag bliebe, bittet er, diesen auf Wiedervorlage zu legen und erst mit der Erarbeitung/Beratung der Entwicklung der Schulnetzplanung aufzurufen. Die Fakten, die beschrieben würden, seien alle richtig, wichtig, notwendig und müssten gemacht werden → entwickle die Verwaltung im Schulnetzplan.

Er merkt abschließend an, dass es immer Usus war, dass sich die Verwaltung mit den schulpolitischen Sprechern unter Hinzuziehung der/des Vorsitzenden des Kreiselternrates immer einmal außerhalb der Ausschüsse getroffen habe. Das erfolge auch dieses Jahr wieder bis zum Jahresende, wenn es gewollt würde, um dieses Thema ausführlich zu besprechen.

Die Verwaltung könne mit den geforderten Zeitansagen in den Beschlusspunkten nicht umgehen, die Erfüllung sei auch nicht realistisch. Es gebe noch andere Fraktionsanträge, die alle in die gleiche Richtung gingen. Im Sinne der Effektivität sollten diese gebündelt und komprimiert werden → Beratung mit der Schulnetzplanung.

**Frau Stadträtin Haase** erwidert, dass Informationen usw. für die nächsten zwei Jahre nicht ausreichen würden, da so kein Trend erkannt werden könne. Aus diesem Grund würden fünf Jahre im Beschlusspunkt 1 angegeben → Kinder schon geboren, Einschulung absehbar.

Die Arbeitsgruppe Statistik lege erst im Oktober 2010 Erhebungszahlen vor – auch die stadtteilbezogenen, so **Herr Bürgermeister Lehmann**. Diese Zahlen würden mit dem Landesamt für Statistik abgeglichen und seien die Grundlage für die Verwaltung. Ein Trend wäre keine präzise Aussage.

Von Herrn Lehmann wurde angeboten, bis zum 30.09.2010 Informationen zu den Schuljahren 2011/2012 und 2012/2013 vorzulegen, stellt **Herr Stadtrat Kaboth** fest. Die Schulnetzplanung würde im nächsten Jahr zur Beratung vorgelegt. Er bittet die Antragsteller zu überlegen, ob ein anderer Termin als Kompromiss eingesetzt werden könne.

**Herr Stadtrat Donhauser** betont, dass die CDU-Fraktion mit dem von Herrn Lehmann gemachten Angebot zufrieden wäre. Seiner Meinung nach sollte die gesamte Thematik nicht mit Anträgen überfrachtet werden. Die CDU-Fraktion hatte im Mai 2010 schon zusammen mit der FDP- und der Bürgerfraktion im Rahmen der Investitionen ausführliche Prüfanträge an die Verwaltung gegeben, diese finde man auch z. B. im Antrag der SPD-Fraktion wieder. Daher bestehe keine Notwendigkeit, weitere Anträge nachzuschicken, die der Verwaltung nur Arbeit verursachen würden. Die Stadtverwaltung bereite momentan den Doppelhaushalt und den Schulnetzplan vor, was Arbeit genug sei. Die CDU-Fraktion lehne die Anträge grundsätzlich ab.



**Herr Bürgermeister Lehmann** verweist auf folgende Formulierung im Antrag: „Mittelschulen auf Ortsamtsebene“. Das wäre derzeit nicht die Lage, nach der die Verwaltung erhebe. Für Mittelschulen und sonstige Schulen könnte die Darstellung nur auf Gesamtstadtebene erfolgen. Auf die Kleinteiligkeit würde nicht wieder zurückgegangen, da sich die Schüler ab der Mittelschule im ganzen Stadtgebiet bewegen würden.

**Herr Stadtrat Matthis** betont, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE., der sich im Umlauf bei den Ortsbeiräten befinde, unter anderem auch die Datenerhebung zur Grundlage habe. Der Auslöser für diesen war die Grundsichulsituation. Der Antrag hänge eng mit den anderen Anträgen zusammen.

Er gehe davon aus, dass die Verwaltung die Daten für die nächsten zwei Jahre dem Ausschuss zur Verfügung stelle, wenn diese vorliegen – egal, was jetzt beschlossen würde. Das Problem, das er immer mit der Schulnetzplanung hatte, war, dass die Analyse meist schon mit festen Lösungen verbunden wäre, wenn das Papier alle erreiche. Er könne sich nur an sehr wenige Vorgänge erinnern, wo ergebnisoffen Varianten diskutiert wurde. Insofern teile die Fraktion den Wunsch der Antragsteller, die Analysezahlen deutlich eher zu bekommen – vor den Lösungsvorschlägen. Daher wäre es gut, im September die Daten für die nächsten zwei Jahre als ersten Teil der Schulnetzplanung zu erhalten und danach – sobald sie vorliegen – auch die Daten für länger. Natürlich wären dann noch weitere Dinge im Rahmen der Schulnetzplanung zu erledigen.

Es erscheine der Fraktion DIE LINKE. bei ihren groben Analysen des Grundschulbereiches so, dass dort bestimmte Maßnahmen auch relativ kurzfristig notwendig seien, um die Probleme zu bearbeiten. Einige dieser Maßnahmen müssten zwingend im nächsten Doppelhaushalt verankert werden. Für diese Dinge wären klarere Aussagen noch vor der Schulnetzplanung nötig.

**Herr Stadtrat Bertram** unterstützt die Aussagen von Herrn Matthis auch für die SPD-Fraktion. Er selbst verstehe nicht, warum der neue Beschlusspunkt 1 jetzt noch nicht umsetzbar sein soll. Ihm erschließe sich die Logik nicht, warum nicht über Kinder, die geboren seien, eine Statistik gemacht werden könne. Das habe nichts mit Prognose zu tun. Sicher kämen noch ein paar Zu- und Wegzüge, aber man käme doch irgendwo auf eine Zahl, mit der man schon jetzt einigermaßen klare Aussagen treffen könne.

Natürlich stehe die nächste Schulnetzplanung im Jahr 2012 an. Aber gerade mit Blick auf den eine Zäsur setzenden Doppelhaushalt bezüglich der Baustrategie wäre es doch nachvollziehbar, dass die für den Haushalt relevanten Teile so weit vorzuziehen, dass man für diese Entscheidung eine sicherere Grundlage hätte. Warum kann man das Verfahren der Schulnetzplanung nicht beschleunigen?

Richtig wäre, dass die Kinder alle schon geboren seien, merkt **Herr Fückler** an. Große Abweichungen gebe es beim Übergang zur Schule – bei den Sechsjährigen. Im Grundschulbereich würden dort große Verschiebungen innerhalb der Stadtgebiete auftreten – z. B. in der Neustadt würden vier Grundschulklassen durch Wegzug verloren. Das bekäme man nur mit sehr aufwendigen Prognosemodellen hin, die die Kommunale Statistikstelle aufstelle. Auch im Bereich der Gymnasien könne jetzt noch nicht gesagt werden, wie sich die geänderte Bildungsempfehlung auswirke.

Natürlich könne man an diesen Stellen immer mit verschiedenen Szenarien und Prognoseannahmen rechnen (5, 10 oder 3 %), die aber immer nur „schwammige“ Aussagen bringen. Daher schließe er sich der Aussage von Herrn Lehmann an, dass die Verwaltung Ende September vorstelle, welchen Handlungsbedarf sie für den nächsten Doppelhaushalt habe. Es könne auch vorgestellt werden, wie dieser in den Doppelhaushalt eingeordnet/geplant würde. Für den mittelfristigen Zeitraum ab 2012 sollte jedoch die Schulnetzplanung abgewartet werden.

Das decke sich seiner Meinung nach mit dem Duktus des Antrages, so **Herr Bürgermeister Lehmann**. Die Fraktionen müssten für die Finanzdisposition im Doppelhaushalt wissen, welche Besonderheiten einzuordnen seien bzw. was nachgestellt werden müsse. Gibt es eine Position, um eventuell Schulteile zu aktivieren, die derzeit anderweitig genutzt würden? Muss eine mobile Raumeinheit aufgestellt werden, weil die Grundkapazität der Schule nicht ausreicht? Muss im Schulgebäude etwas getan werden, um die Kapazität zu erhöhen? Diese Dinge müssten im Doppelhaushalt veranschlagt und der Zeitraum von der Verwaltung erklärt und erläutert werden können. Ende September könne die Verwaltung jedoch keine Aussagen zu den nächsten 5 bzw. 6 Jahren treffen – auch nicht zur Höhe der Fördergelder.

**Frau Stadträtin Haase** spricht den planerischen Vorlauf hinsichtlich von Neubauten an, der mindestens zwei Jahre wäre – bei Gymnasien noch länger. Auch bei den mobilen Raumeinheiten wurde bei Kindertageseinrichtungen mindesten ein Jahr bis zum Einzug benötigt. Das heiße, dass die Zahlen für die nächsten zwei Schuljahre nicht nützen würden, da in diesem Zeitraum nichts eröffnet werden könnte. Daher plädiert sie für den Erhalt der Zahlen für die nächsten fünf Jahre. Wann kann die Verwaltung diese liefern?

Außer den bekannten Neuschaffungen von Kapazitäten, die begonnen werden müssen (Bereich Gymnasium) und die in der Diskussion noch spannend würden, gebe es im nächsten Doppelhaushalt keine Einordnung von unbekanntem Neubauten von Mittel- und Grundschulen, betont **Herr Bürgermeister Lehmann**. Das Problem Mittelschule Neustadt müsse gelöst werden → wurde vorsorglich angemeldet sowie auch die Gymnasialkapazität. Es werde im Doppelhaushalt eine Sammelposition geben, um in den zwei Jahren Kapazitäten/Ressourcen in einem gewissen Maß der Vertretbarkeit und der Qualität dazustellen zu können. Eine mobile Raumeinheit würde innerhalb von einem halben Jahr hingestellt. Er hatte schon einmal in der Presse kommuniziert, dass die Verwaltung mit der Stesad im Gespräch sei, um ein größeres Volumen zu binden, um nicht die teuren Einzelpreise je Raumzelle vereinbaren zu müssen.

Es stimme, wenn man ein total neu zu bauendes oder generalsaniertes Gymnasium (z. B. die Bürgerwiese) übergabereif machen wolle (mit Fördermittelverfahren), hätte das noch eine andere Zeitachse. Man könne im nächsten Doppelhaushalt dort auch nichts richten. Er wiederholt nochmals, dass am 30.09.2010 zu den nächsten fünf Jahren keine Zahlen vorgelegt werden könnten. Ansonsten halte er an seinem Vorschlag bezüglich der Informationen zu diesem Termin fest.

Bei der Diskussion gehe es um zwei Komplexe – Vorbereitung des Doppelhaushaltes 2011/2012 und Vorbereitung Schulnetzplanung, macht **Herr Stadtrat Kluger** deutlich. Zum Doppelhaushalt habe die Stadtverwaltung schon im Rahmen der Haushaltsprioritätenliste und des Begleitbeschlusses dazu einen Auftrag erhalten, der sich zumindest in der Zielrichtung mit dem decke, was in diesem Antrag stehe.

Im Antrag gehe es mehr darum, Informationen einzuholen und mit Zahlen zu rechnen, was sicher angemessen und korrekt wäre. Die Stadtverwaltung wurde damals beauftragt, die Prioritätenliste zur Schulsanierung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten fortzuschreiben – zur Sicherstellung des Rechtsanspruches zur Unterrichtsgewährleistung, einschließlich des Sportunterrichts. Diese Fortschreibung sei vor dem Haushaltsbeschluss vorzulegen. Das heiße, dass es schon einen Auftrag an die Verwaltung gebe, den Bedenken Rechnung zu tragen, die aus den im öffentlichen Raum kursierenden Zahlen erwachsen. Somit wäre der erste Teil aus seiner Sicht schon bearbeitet.

Der zweite Teil wäre der langfristige Teil. Seiner Meinung nach müsse die Stadtverwaltung schon die Chance haben, zum Thema Steigerung der Schüler- und Geburtenzahlen ein komplexes Werk vorzulegen. Es wäre unangemessen, die Verwaltung zu hetzen und sich ständig Zwischenstände vorlegen zu lassen. Am Ende seien die Stadträte der Meinung, den Schulnetzplan eigentlich selbst schreiben und noch eher als die Verwaltung haben zu müssen. So sollte nicht agiert werden. Diese Anträge und das Ansinnen dieser müssten gemeinsam mit der Schulnetzplanung diskutiert werden.

**Frau Stadträtin Haase** merkt an, dass es möglich wäre, im Beschlusspunkt 2 einen längeren Termin zu setzen, da sie die Verwaltung nicht hetzen möchte. Als Stadträtin benötige sie jedoch eine ordentliche Arbeitsgrundlage für ihre Entscheidungen. Den Beschlusspunkt 1 würde sie so lassen wollen – bis auf die Streichung der Wortgruppe: **“auf Ortsamtsebene“** (bei Mittelschulen). Sie beantragt eine **punktweise Abstimmung**.

**Herr Stadtrat Kaboth** beantragt, im Beschlusspunkt 1 zu formulieren: „... für die **Schuljahre 2011/2012 und 2012/2013** pro Schuljahr ...“

**Herr Stadtrat Donhauser** möchte wissen, wie dann mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. zum Grundschulnotstand umgegangen werden soll. Ihm fehle etwas die Systematik, wenn zum gleichen Thema immer neue Anträge kämen.

Wenn Herr Lehmann im Ausschuss zusage, dass die Zahlen für die Schuljahre 2011/2012 und 2012/2013 geliefert werden könnten, dann verstehe er von der Sache her nicht, warum noch irgendwelche Anträge benötigt würden.

Zunächst sei es schön, wenn sich viele um das gleiche Problem kümmern und dazu Anträge einbringen, die sich in großen Teilen überschneiden würden, so **Herr Stadtrat Matthis**. Das führe dazu, dass die Probleme insgesamt gelöst würden oder gar nicht. In dem Moment, wenn die Zahlen für 2011/2012 und 2012/2013 vorliegen würden, sei der Teil des Antrages der Fraktion, der noch etwas mehr als nur das beinhalte, sicherlich erledigt. Das würde die Fraktion dann auch so kundtun.

**Herr Bürgermeister Lehmann** stellt den Antrag von Herrn Kaboth zur Abstimmung: 1/8/1 (abgelehnt)

**Der Vorsitzende** stellt den Antrag mit der Änderung (Streichung „auf Ortsamtsebene“ bei Mittelschulen) punktweise zur Abstimmung:

Beschlusspunkt 1: 5/6/0 (abgelehnt)

Beschlusspunkt 2: 6/5/0

### **Beschluss:**

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bis zum 30.04.2011

- a) eine detaillierte Bedarfsprognose für alle Schularten für die Jahre 2010 bis 2025 in Abgleich mit den Zahlen des Eigenbetriebs Kindertagesstätten (Bedarf Hortplätze) und der Sächsischen Bildungsagentur, Regionalstelle Dresden, vorzulegen. Dazu ist jeweils die Anzahl der Schüler in den jeweiligen Klassenstufen in den verschiedenen Schularten (bei Grundschulen auf Ortsamtsebene) pro Schuljahr zu quantifizieren;
- b) für alle Schularten die vorhandenen Kapazitäten und derzeit absehbare Veränderungen an den Kapazitäten darzustellen (bei Grundschulen auf Ortsamtsebene), unter Einbeziehung der Schulleiter und Darlegung der Berechnungsgrundlage;
- c) mögliche Maßnahmen zur Bedarfsabdeckung quantitativ und qualitativ darzustellen unter Einbeziehung der Schulleiter/des Schulleiterbeirates und der Bildungsagentur. Dabei ist auch darzustellen, inwieweit durch flexible Nutzung von sowohl in Betrieb befindlichen als auch derzeit nicht genutzten Gebäuden zusätzliche Kapazitäten erschlossen werden könnten;
- d) notwendige finanzielle Mittel zur Abdeckung des Bedarfs an Schulkapazitäten in den Jahren 2010 bis 2025 darzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Änderung  
Ja 6 Nein 5 Enthaltung 0

Die Anfrage von Herrn Stadtrat Matthis, ob es bei der Zusage bleibe, dass die Verwaltung die Zahlen vorlege, wird von Herrn Bürgermeister Lehmann bejaht.

**11 Verwendung von Recyclingpapier in kommunalen Dienststellen**

**A0197/10  
beschließend**

**Frau Stadträtin Haase** stellt den Antrag vor und erläutert die einzelnen Beschlusspunkte. Abschließend bittet sie den Vorsitzenden, etwas zur Stellungnahme des Geschäftsbereiches Kultur zu sagen.

Er wurde von Herrn Dr. Lunau gebeten, auf die Probleme zu verweisen, die das Stadtarchiv angesprochen habe, so **Herr Bürgermeister Lehmann**. Der Amtsleiter des Stadtarchivs schreibe in seiner Stellungnahme, dass die Einführung des Recyclingpapiers mit dem Gütesiegel „Blauer Engel“ auch weiterhin von den deutschen Archiven insgesamt abgelehnt würde. Die Haltungsbeständigkeit dieses über die erforderlichen Jahre hinweg sei nicht nachgewiesen, auch die Urkundentauglichkeit wäre letztendlich nicht zwingend nachgewiesen. Er bittet, dies zu beachten.

Das wäre dann sicher ein Organisationsproblem. Die Stadtverwaltung setze schon Recyclingpapier ein, aber die komplette Umstellung sei schwierig. Die Dokumente, die ins Archiv gelangten sowie die Urkunden müssten weiterhin mit anderem Papier hergestellt werden.

Abschließend verweist er auf das Votum des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft – Zustimmung, keine Änderungen.

**Frau Stadträtin Haase** ergänzt, dass die Stadt Dresden jedes Jahr 46,7 Mio. Blatt Papier bestelle und verbrauche. Sie gehe davon aus, dass die Städte Bonn, Berlin und München auch nicht wissentlich in Kauf nehmen würden, dass sie die gesetzlich vorgeschriebenen Archivierungszeiten mit Recyclingpapier nicht einhalten könnten. Sie denkt, dass es in diesem Bereich mittlerweile schon eine Lösung gebe,

**Herr Stadtrat Kluger** merkt an, dass der Antrag aus Sicht der CDU-Fraktion nicht das halte, was er verspreche. Hier würde nur ein sehr kleiner Beitrag für die Umwelt geleistet und es würde so getan, als wäre es eine große wichtige Sache für die Stadtverwaltung. Es stehe die Frage, wie viel überhaupt noch auf Recyclingpapier umgestellt werden könnte.

Die CDU-Fraktion hätte ganz unterschiedliche Probleme mit dem Antrag. Einmal stünde die Frage, ob man in die Verwaltung so weit eingreifen sollte, dass man ihr vorschreibe, auf welchem Papier sie ihre Geschäfte betreibe. Er glaubt, dass das zum Geschäft der laufenden Verwaltung zähle und von der Oberbürgermeisterin kontrolliert werde.

Er erinnert sich, dass auch an seiner Schule darüber diskutiert wurde, ob Recyclingpapier eingesetzt werden soll. Die Verwaltung könne nur darauf hinwirken, da die Schulen zum Teil selbst bestimmen würden, was man anschaffe. Sie wären letztendlich aufgrund verschiedener Testphasen und der hier und da doch mangelhaften Qualität zum Entschluss gekommen, das eigentlich vorgesehene Papier nicht zu nehmen. Er hätte sich damals ungern von einem Stadtrat vorschreiben lassen wollen, welches Papier die Schule zu benutzen habe.

Des Weiteren sei der Beschlusspunkt 2 erfüllt, da in der Stellungnahme der Verwaltung vom Februar 2008 stehe, dass das Umweltzeichen „Blauer Engel“ immer in den Leistungsbeschreibungen bei der Kopierpapierausschreibung gefordert würde. Auf Probleme wurde dort auch schon hingewiesen, z. B. die Archivierung.

Es würden viele andere Dinge erfüllt, da umweltrelevante Kriterien in die Vergabeverfahren Einzug hielten. Dort gehe es dann um mehr, als nur um den Begriff Recyclingpapier, auf den sich hier alles reduziere. Die Welt drehe sich weiter (genauso ökologisch verantwortungsvoll) – auch wenn der Antrag nicht angenommen würde.

Von einer verantwortlich ökologisch orientierten Welt könne man nur träumen, stellt **Frau Stadträtin Apel** fest. Andere Schulen hätten sich umgestellt und es würde auch klappen. Natürlich sei es nur ein kleiner Beitrag – aber ein Beitrag. Warum soll ein solcher nicht geleistet werden? Es wäre überhaupt nicht schwierig. Der Anteil von Recyclingpapier könne in der Stadtverwaltung Dresden offensichtlich erhöht werden, andere Städte machten dies auch.

**Herr Bürgermeister Lehmann** stellt den Antrag zur Abstimmung. Der Ausschuss ist abschließend tätig.

### **Beschluss:**

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. alle künftigen Vertragsabschlüsse
  - a) zur Beschaffung von Papier und Papierprodukten für den internen und externen Schriftverkehr sowie für den Druck von Broschüren, Berichten, Veröffentlichungen u. a.
  - b) für Druckaufträge

bevorzugt auf Recyclingpapier umzustellen.

Der Weißgrad ist je nach optischen und drucktechnischen Erfordernissen abzustufen. Für den internen Gebrauch einschließlich aller Vorlagen, Anträge etc. für den Stadtrat ist preiswertes Papier mit geringeren Ansprüchen an die Optik zu verwenden.

2. bei der Papierbeschaffung auf das Gütesiegel „Blauer Engel“ zu achten.
3. das umweltfreundliche und nachhaltige Verhalten der Stadtverwaltung nach außen zu kommunizieren, indem bei Druckerzeugnissen auf das verwendete Papier hingewiesen wird.
4. alles Notwendige zu veranlassen, dass kommunale Schulen, Eigenbetriebe und Gesellschaften, die sich im Mehrheitseigentum der Landeshauptstadt Dresden befinden, ihr Beschaffungs- und Druckauftragswesen in diesem Sinne ändern.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung

Ja 6 Nein 4 Enthaltung 1

**Herr Bürgermeister Lehmann** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit.

Winfried Lehmann  
Vorsitzender

Helga Kamenka  
Schriftführerin

Jens Matthis  
Stadtrat

Barbara Lässig  
Stadträtin